

Wahlprüfsteine des SoVD zur Europawahl 2019



**Fragen an die Kandidatinnen und
Kandidaten für das 9. Europäische Parlament**

Am 26. Mai 2019 findet die Europawahl statt. In Deutschland sind 63,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Sie wählen 96 Europa-Abgeordnete aus Deutschland ins Europäische Parlament. Die Wahl fällt in bewegte Zeiten. Globale Kräfteverhältnisse haben sich verändert. Antieuropäische Kräfte sind in vielen EU-Ländern sehr erfolgreich. Der geplante Austritt von Großbritannien aus der Gemeinschaft Ende März 2019 wie auch die Folgen der Finanz- und Flüchtlingskrise stellen die Europäische Union vor eine Bewährungsprobe. In vielen Mitgliedstaaten entsteht ein neuer Nationalismus, der die Europäische Union zerstören könnte.

Der SoVD kämpft seit 1917 für einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen – auch in einem geeinten Europa. Wir sind der festen Überzeugung, dass es nur durch einen starken Zusammenhalt der EU-Länder gelingen kann, die aktuellen und künftigen Herausforderungen zu bewältigen. Die strategischen Ziele und die Gesetzgebung der EU müssen sich stärker an der Verwirklichung eines sozialen Europas ausrichten. Dem Europäischen Parlament kommt hierbei als einzig direkt gewählte Vertretung der Unionsbürgerinnen und -bürger eine bedeutende Rolle zu.

1. Soziale Sicherheit

Der SoVD setzt sich ein für ein Europa der sozialen Sicherheit, in dem Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichgewichtig sind. Soziale Gerechtigkeit sichert Frieden und trägt entscheidend zur Stabilität Europas bei.

1.1. Sind Sie mit uns der Meinung, dass EU-weit einheitliche soziale Mindeststandards für die Bereiche Armutsbekämpfung, Zugang zu sozialen Diensten, Zugang zu Grundsicherungsleistungen sowie Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter in den EU-Mitgliedstaaten Anwendung finden müssen?

1.2. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um die europäischen Sozialfonds so weiterzuentwickeln, dass sie bei sozialen Problemen in einzelnen EU-Mitgliedstaaten in Krisen unbürokratisch und zielgenau unterstützen können?

1.3. Wie werden Sie sicherstellen, dass Entscheidungen auf EU-Ebene nicht zu einer Verschlechterung sozialer Standards in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten führen?

2. Finanzierung

Der Abbau der „Staatsschulden“ als eine Folge der öffentlich finanzierten Bankenrettung wurde und wird mit Maßnahmen finanziert, die auf dem Rücken der Bevölkerung stattfinden. Diese Sparmaßnahmen haben viele nationale soziale Sicherungssysteme massiv gefährdet und für große Teile der Bevölkerung verheerende Auswirkungen mit sich gebracht. Besonders betroffen sind die südeuropäischen Mitgliedstaaten.

Nach wie vor ist die Europäische Union gekennzeichnet durch große Unterschiede der Mitgliedsländer bei Wohlstand, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Staatsverschuldung. Mittelfristig muss es Ziel sein, diese Unterschiede zu überwinden. Denn eine gleichmäßige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Staaten der EU baut Wohlstandsunterschiede ab und ist eine Voraussetzung für gemeinsame Systeme sozialer Absicherung.

2.1. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Dominanz der Finanzmärkte zurückzudrängen und wirtschaftliche Ungleichgewichte und Ungleichverteilung auf europäischer Ebene zu überwinden?

2.2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Steuerdumping unterbunden und Unternehmen in der EU zur angemessenen Steuerzahlung herangezogen werden?

2.3. Machen Sie sich mit uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als Instrument für Verteilungsgerechtigkeit stark, damit die Verursacher der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten angemessen beteiligt werden?

3. Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Mitgliedstaaten ist mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise rasant angestiegen. Auf europäischer Ebene müssen daher schlüssige Konzepte für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik entwickelt werden, um mehr und bessere Arbeit zu generieren. Eine humane Gestaltung der Arbeitswelt muss ein wesentlicher Aspekt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Viele Menschen arbeiten in der EU unter unwürdigen und prekären Bedingungen und erleiden dadurch erhebliche gesundheitliche Nachteile. Darüber hinaus brauchen wir europaweit gesetzliche Mindestlöhne, die bei Vollzeitbeschäftigung eine angemessene Lebensführung, Teilhabe und eine auskömmliche Rente gewährleisten.

3.1. Welche beschäftigungspolitischen Initiativen unterstützen Sie, um die Arbeitslosigkeit in den EU-Mitgliedstaaten nachhaltig zurückzudrängen?

3.2. Welche konkreten Schritte sind nach Ihrer Auffassung erforderlich, um die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern?

3.3. Werden Sie sich für die Einführung von Mindestlöhnen und die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in allen EU-Mitgliedstaaten einsetzen?

4. Jugend

Obwohl sich die wirtschaftliche Lage zurzeit in vielen europäischen Ländern von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erholen scheint, sind etwa ein Fünftel aller Jugendlichen in Europa arbeitslos. Soll ein geeintes Europa aber eine Zukunft besitzen, müssen die jungen Menschen die Chance zur Gestaltung ihrer Zukunft haben. Hierfür sind Grundvoraussetzungen die Chance auf eine gute (Aus-)Bildung und eine gute anschließende Arbeitsstelle mit angemessenen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt.

4.1. Wie sieht Ihr mittel- und langfristiges Konzept zur effektiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen aus?

4.2. Wie setzen Sie sich für die Verwirklichung eines inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für junge Menschen mit Behinderungen ein?

5. Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind von sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung in besonderer Weise bedroht und können ihre Rechte und Grundfreiheiten in der EU oft nur eingeschränkt wahrnehmen. Der SoVD setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen in der gesamten EU barrierefrei kommunizieren, mobil sein sowie beruflich und sozial teilhaben können.

5.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass – über das Europäische Barrierefreiheitsgesetz (European Accessibility Act) hinaus – EU-weit verbindliche Vorgaben und Standards zur Barrierefreiheit vereinbart und umgesetzt werden und Barrierefreiheit beim europäischen Vergaberecht verbindlich vorgeschrieben und bei Ausschreibungen systematisch beachtet wird?

5.2. Welche Initiativen halten Sie für notwendig, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen?

5.3. Welche Initiativen unterstützen Sie zur Umsetzung der durch die EU ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention?

6. Frauen

Obwohl die Gleichstellung in den europäischen Mitgliedstaaten in den jeweiligen Verfassungen fest verankert ist, sind Frauen und Männer in vielen Bereichen, wie Beschäftigung, Gehalt, Berufsausbildung, Arbeitsorganisation, Zugang zu verantwortungsvollen Positionen, Respektierung der Würde oder Repräsentation im öffentlichen Leben noch immer nicht vollständig gleichgestellt.

45 Prozent aller Frauen sind von einer Form von Gewalt betroffen, 12 bis 15 Prozent von häuslicher Gewalt. Ca. 500.000 Frauen werden jährlich illegal in die EU gebracht und zur Prostitution gezwungen. Gewalt widerfährt Frauen aber auch durch Zwangsheirat, Vergewaltigung in der Ehe, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, demütigendes Verhalten oder Einschüchterung.

6.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Frauen EU-weit den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sowie gleichen Zugang zur sozialen Sicherung erhalten?

6.2. Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, die eine stärkere Sensibilisierung der europäischen Bürgerinnen und Bürger für das Thema Gewalt gegen Frauen und insbesondere zur häuslichen Gewalt zum Ziel haben?

6.3. Welche Maßnahmen unterstützen Sie zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen?

7. Gesundheit

Die Gesundheitspolitik liegt aufgrund der Subsidiaritätsklausel zu Recht weitgehend in der Verantwortung der Nationalstaaten. Dennoch kann auch auf europäischer Ebene einiges unternommen werden, um für alle Patientinnen und Patienten in der Europäischen Union eine bedarfsgerechte Versorgung zu gewährleisten und die nationalen Gesundheitssysteme in ihrer Unterschiedlichkeit zu bewahren.

7.1. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Charakter der Gesetzlichen Krankenversicherung als öffentlich-rechtliche Körperschaft beibehalten wird und sie nicht dem Wettbewerbs- bzw. Kartellrecht unterliegt?*

7.2. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass neue Medizinprodukte erst ihren Nutzen und ihre Sicherheit nachweisen müssen, bevor sie auf den Markt gelangen?*

7.3. *Werden Sie sich für Regulierungen einsetzen, die zur raschen und wirksamen Reduzierung von Umweltbelastungen, von gesundheitsgefährdenden Stoffen in Lebensmitteln und Gebrauchsgütern sowie von Feinstaub- und Lärmemissionen im Verkehr beitragen?*

8. Pflege

Das Qualitätsniveau professioneller Pflegeleistungen ist in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Aus Sicht des SoVD ist es zwingend, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu einer ihrer Würde achtenden und qualitativ hochwertigen Pflege haben.

8.1. *Werden Sie sich dafür einsetzen, in den Mitgliedstaaten der EU einheitliche Mindeststandards hinsichtlich der Absicherung des Pflegerisikos und der Qualität von Pflegeleistungen zu erreichen?*

8.2. *Wie sieht Ihr Ansatz aus, den enormen Herausforderungen der nationalen Pflegesysteme durch die alternden Gesellschaften aus gesamteuropäischer Perspektive zu begegnen?*

8.3. *Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um der Ausbeutung der Pflegearbeitskräfte am sogenannten grauen Pflegemarkt wirkungsvoll entgegenzutreten?*

9. Alterssicherung

Die Ausgestaltung der nationalen Alterssicherungssysteme ist originäre Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten. Damit soll den in den Mitgliedstaaten historisch gewachsenen und sehr unterschiedlichen Alterssicherungssystemen Rechnung getragen werden.

9.1. Teilen Sie unsere Auffassung, dass die Ausgestaltung der nationalen Alterssicherungssysteme, insbesondere die Festlegung des Rentenniveaus und des Renteneintrittsalters zu den Kernaufgaben der Mitgliedstaaten gehört?

9.2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass nicht die Kosten der Renten- und Pensionssysteme sondern die Mindest-Leistungen künftig im Mittelpunkt der Koordinierungsbemühungen auf europäischer Ebene stehen werden, um gegenwärtige und kommende Altersarmut vorzubeugen?

9.3. Sprechen Sie sich mit uns dagegen aus, das Renteneintrittsalter automatisch an die steigende Lebenserwartung zu koppeln?

10. Migration

Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäische Partnerschaft und Solidarität auf eine harte Probe. Der SoVD setzt sich dafür ein, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, in Deutschland und der EU uneingeschränkt Zuflucht finden. Menschen, die nach (inter)nationalem und europäischen Recht keinen Rechtsanspruch besitzen, in der EU zu leben, können auch zurückgeschickt werden. Allerdings haben die EU und ihre Mitgliedsländer im Hinblick auf die Migrationsbewegungen eine besondere Verantwortung. Durch ihre Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik haben sie zur Entstehung von Krisen beigetragen, die zur Fluchtursache vieler Menschen wurden.

10.1. Welche konkreten Maßnahmen unterstützen Sie, um humanitäre Katastrophen zu vermeiden und Fluchtursachen zu bekämpfen?

10.2. Welche konkreten Schritte sind nach Ihrer Meinung erforderlich, um Migration besser ordnen und steuern zu können?

sovd.de | sovd-tv.de

**Sozialverband Deutschland e. V.
Abteilung Sozialpolitik
Stralauer Straße 63
10179 Berlin**

**Tel. 030 72 62 22-0
kontakt@sovd.de**

Verfasser: Abteilung Sozialpolitik